

Internationaler Bildungsaktionstag 17. November 2009

Stellungnahme der 5. Lehrenden- und Forschendenversammlung an österreichischen Bildungseinrichtungen

1. Der Protest vieler Lehrender und Forschender im Kontext der aktuellen Besetzungen an österreichischen Universitäten bedeutet nicht Verhinderung, Blockade oder Versäumnis. Der Protest unterstützt vielmehr die Vertiefung und Ausweitung einer Diskussion um die Bedingungen universitären Lernens, Lehrens und Arbeitens sowie der gesellschaftlichen Wissensproduktion.

Angesichts von aktuellen Ökonomisierungs-, Hierarchisierungs- sowie Prekarisierungsprozessen ist diese Diskussion nicht auf den universitären Bereich beschränkt sondern im Kontext gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse zu sehen. Diese nun in Österreich stattfindende Debatte und ihre Resonanz weit über nationale Grenzen hinaus war davor weitgehend unsichtbar und wurde erst durch die Protestbewegung auf die politische Agenda gesetzt. Deshalb beteiligen wir uns als Lehrende und Forschende an österreichischen Bildungseinrichtungen hier und heute (17. November 2009) am internationalen Bildungsaktionstag.

2. Im Rahmen des Aktionstages finden an vielen Instituten Vollversammlungen statt. Ein Gegenstand dieser Vollversammlungen soll die Etablierung von kollektiven Räumen und öffentlichen Strukturen wie Arbeitsgruppen oder regelmäßigen Vollversammlungen sein, um die jeweilige institutionsspezifische Situation im Kontext der allgemeinen Forderungen der Protestbewegung einschätzen und das weitere Vorgehen beschließen zu können.

3. Studierenden, Lehrenden und Forschenden, die sich an der Protestbewegung beteiligen, sollen unter keinen Umständen Nachteile erwachsen. Deshalb sollte eine Diskussion über zu treffende Maßnahmen geführt werden:

Entlastung von Studierenden: Keine Anwesenheitslisten – nachträgliches An- und Abmelden von Studierenden zu Lehrveranstaltungen, wo dies möglich ist – flexible Abgabefristen für Übungsaufgaben – Adaptierung der Prüfungsmodalitäten an die neuen Bedingungen – Entfall von Lehrveranstaltungen während protestbezogener Aktionen.

Entlastung von Lehrenden/Forschenden: Beschlüsse der Institutsvollversammlungen zur Einstellung des Lehrbetriebs während protest- und streikbezogener Aktionen, wenn möglich mit Unterstützung seitens der jeweiligen Studienprogrammleitungen – keine Individualisierung: für den Fall von Sanktionen seitens der Rektorate und Institutsleitungen wegen „Nichtwahrnehmung der Dienstpflicht“ sollen die Institutsversammlungen solidarisierende Maßnahmen treffen – Freistellung aktiver Lehrender und Forschender von administrativen Tätigkeiten – Freistellung aller Universitätsangehörigen für protestbezogene Aktivitäten

4. Im Anschluss an die Institutsvollversammlungen rufen wir diese sowie alle solidarischen Individuen und Gruppen dazu auf, sich um 15:00 an der Kundgebung zum Bildungsaktionstag vor der Industriellenvereinigung (Schwarzenbergplatz) einzufinden.

Bestandteil der aktuellen Proteste ist eine selbstbewusste Zurückweisung jeder Einschränkung, die die stattfindende bildungspolitische Debatte beschneidet und Studierende, Lehrende und Forschende an ihre Plätze in der entdemokratisierten Ordnung der Universitäten zurückpfeift. Wir verweisen auf die in den besetzten Räumen geschaffenen Orte der Forschung und des Wissens, des demokratischen und antihierarchischen Handelns und einer Bildungspolitik, die sich unabhängig von Ministerien und Rektoraten entwickelt.

5. Konkrete Forderungen unterschiedlicher Gruppen von Beschäftigten wurden bereits vor Monaten öffentlich gemacht. Wir verweisen diesbezüglich explizit auf die Stellungnahme der IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen zur bevorstehenden Umsetzung des Kollektivvertrags vom Mai 2009 in der klare Forderungen formuliert wurden (<http://www.ig-elf.at/index.php?id=75>), sowie auf den Offenen Brief der Plattform Drittmittelpersonal vom April 2009, in denen u.a. „mittelfristige Karrieremöglichkeiten von Angestellten im Drittmittelbereich“ gefordert wurden.

Die Lehrenden- und Forschendenversammlung der Wiener Universitäten hat sich im Zuge der laufenden Proteste auf folgenden **Forderungskatalog** geeinigt:

§ 1. Wir fordern breite Debatten zu einem emanzipatorischen Bildungsbegriff!

Der derzeitige Bildungsbegriff ist am Projekt einer wettbewerbsfähigen Wissensökonomie orientiert. Bildungsinstitutionen wird fast ausschließlich im Kontext marktwirtschaftlicher Verwertungslogiken Bedeutung zugemessen. Ein emanzipatorischer Bildungsbegriff dagegen umfasst selbstbestimmtes und selbstorganisiertes Lernen sowie das Recht auf freie Forschung und erkennt auch nicht-akademische Wissensformen und Wissenskulturen an. Ziel von Bildungspolitik sollte daher sein, die Rahmenbedingungen für die Thematisierung und Reflexion möglichst vielfältiger Inhalte aus verschiedenen Perspektiven zu schaffen. Wir lassen uns nicht zu Humankapital einer Wissensökonomie reduzieren. Wir sind Teil einer ebenso breiten wie vielfältigen Basis emanzipatorischer, sozialer Bewegungen.

§ 2. Wir fordern freien Zugang zu Wissen und die Demokratisierung der Forschungsförderung!

Die Prioritätenbildung in der Forschungsförderung von Seiten der Politik ist weder transparent noch Ergebnis eines demokratischen, gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses. Sie wird von Eliten vorgegeben und folgt oft partikularen wirtschaftlichen Interessen. Dadurch leiden viele nicht unmittelbar ökonomisierbare Forschungszweige und Fachgebiete unter Unterfinanzierung. Dies hat dramatische Auswirkungen auf das Lehr- und Forschungspersonal und die Infrastrukturen, wie Bibliotheken und technische Gerätschaften. Wissen, das an öffentlichen Einrichtungen geschaffen wird, soll auch frei und kostenlos für alle zugänglich sein. Insbesondere fordern wir eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Teilhabe der Wissenschaft und ihrer Institutionen an Kolonialismus, Nationalsozialismus und „embedded scientists“ in gegenwärtigen Kriegen.

§ 3. Wir fordern Bildung für alle und jederzeit statt lebenslänglich Ausbildung!

Der Imperativ lebenslangen Lernens ist heute vor allem eine Aufforderung, sich für einen flexiblen Arbeitsmarkt „fit“ zu halten. Nicht nur zertifizierte Schul- und Universitätsabschlüsse, sondern auch außerschulische Kompetenzen und kognitive Fähigkeiten wie Intelligenz, soziale Kompetenz und Kreativität, werden in den Dienst von „employability“ gestellt. Wir fordern, dass diese Fähigkeiten auch außerhalb einer Verwertungslogik als Grundlage persönlicher Entfaltung und sozialer Bewegungen anerkannt werden. Eine so verstandene Bildung muss für alle Generationen und generationenübergreifend frei zugänglich sein.

§ 4. Wir fordern exzellente Massenuniversitäten!

Der im Zuge des sog. „Bologna-Prozesses“ offen zu Tage tretenden Tendenz zur Elitebildung im ganzen Bildungssystem muss Einhalt geboten werden. An die Stelle von fragwürdigen Eliteprogrammen, die eine höchst spezialisierte, politisch regulierte Wissensproduktion mit gesellschaftlichen Privilegien verbinden, müssen Bemühungen und Maßnahmen treten, eine ausgezeichnete Lehre und Forschung auf allen Ebenen, in allen Fachbereichen und für alle Studierenden zu gewährleisten. Eine Massenuniversität kann mit der entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung Exzellenz für alle bieten.

§ 5. Wir fordern verstärkte Maßnahmen gegen Diskriminierung!

Verschiedene gesellschaftliche Mechanismen erschweren und verhindern aktuell breiten Teilen der Bevölkerung den Zugang zum Bildungssystem. Dazu zählen nicht nur Studiengebühren und Knock-out-Prüfungen an den Universitäten, sondern ebenso Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Alter, Migrationshintergrund, StaatsbürgerInnenenschaft, etc. an allen Bildungseinrichtungen, insbesondere im Pflichtschulbereich. Um mittelfristig allen Gesellschaftsmitgliedern den Zugang zu Bildung zu ermöglichen, sind wir für den Ausbau institutioneller Strukturen und Investitionen zur Förderung benachteiligter Gruppen, neben antidiskriminatorischer Betriebsvereinbarungen und der Anerkennung ausländischer Zeugnisse. Darüber hinaus fordern wir die explizite Orientierung von Forschung und Lehre an der Herstellung von Wissen, das die Strukturen der Produktion von Ungleichheiten benennt, analysiert und bekämpft, sowie die stärkere Förderung antidiskriminatorischer Kontrollmechanismen (z.B. Transparenz bei Besetzungsverfahren, Quotenregelungen).

§ 6. Wir fordern die Wiederherstellung und Ausweitung der universitären Selbstverwaltung und Mitbestimmung!

Die letzten Jahre brachten eine massive und systematische Beschneidung der Freiheit der universitären Selbstverwaltungsorgane und der Mitbestimmung aller Mitglieder der Universitäten zugunsten marktwirtschaftlicher Modelle. Die Installierung autokratischer Macht- und Herrschaftsstrukturen führte zu massivem Abbau demokratischer, kollegialer Arbeits- und Diskussionsformen. Um die aktuelle Top-Down-Politik zu stoppen, ist eine gleichberechtigte Einbeziehung aller vier Kurien in universitäre Entscheidungsprozesse unabdinglich. In diesem Sinne fordern wir die Einbindung der Lektorinnen und Lektoren in alle institutpolitischen Entscheidungsprozesse. Ohne Lektorinnen und Lektoren ist an vielen Instituten der Lehrbetrieb nicht aufrecht zu erhalten. Diese Forderung geht einher mit der generellen politischen Forderung nach Demokratisierung in allen universitären Bereichen, Einführung der Drittelparität und Abschaffung des Universitätsrats. Die Befugnisse des Rektorats sowie die Praxis der Leistungsvereinbarungen und der Wissensbilanzen müssen neu überdacht werden.

§ 7. Wir fordern neue Formen finanzieller Absicherung für alle!

Die existentielle Situation des akademischen Mittelbaus und des wissenschaftlichen Nachwuchses ist beispielhaft für gegenwärtige prekäre Arbeitsbedingungen. Die kurzfristige und ungesicherte Vergabe von Semesterverträgen für LektorInnen bedroht die Existenz der Lehrenden wie die Lehre selbst. Die immer zwingendere Selbstfinanzierung des eigenen Arbeitsplatzes durch Drittmittel führt zu immensen zusätzlichen Belastungen. Wissenschaftliches sowie nicht-wissenschaftliches Personal leistet in diesen Kontexten unter hohem Zeitdruck ein untragbares Ausmaß an unbezahlter Arbeit. Wir fordern langfristige Verträge mit Aussicht auf Verlängerung, fixe Arbeitsplätze und Versammlungsräume für alle Lehrenden und Forschenden. Wir fordern fixe Arbeitsplätze und angemessene Entlohnung für Lektorinnen, Lektoren und Forschende in Drittmittelprojekten. Die Qualität der Lehre ist durch prekäre Arbeitsverhältnisse nicht zu gewährleisten. Im Sinne des Erhalts der Einheit von Forschung und Lehre sowie der Vielfalt an Lehrinhalten und Forschungsansätzen fordern wir, dass Senior Lecturers ausschließlich als Ergänzung des augenblicklichen Lehrangebots eingeführt werden - keinesfalls dürfen sie die derzeit tätigen Lektorinnen und Lektoren ersetzen. Die Flexibilisierung wissenschaftlicher Arbeitsmärkte ist symptomatisch für allgemeine Tendenzen am Arbeitsmarkt, die immer mehr Menschen immer weniger kontinuierliche, finanzielle Absicherung bieten. Wir fordern daher eine ernsthafte Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen und einen allgemeinen Mindestlohn als Möglichkeiten kontinuierlicher, finanzieller Absicherung statt prekarisierter Arbeitsmärkte.

§ 8. Wir fordern Strukturen für emanzipatorische Lehre und Forschung!

Die Finanzierungsstruktur von Forschung und Lehre und damit auch die Arbeitsbedingungen wissenschaftlichen Personals geben den Rahmen für die Art und Weise vor, wie Forschung und

Lehre angelegt werden und damit indirekt auch, welches Wissen produziert und vermittelt werden kann. In den derzeitigen Strukturen erhalten tendenziell die etablierten Forschungs- und Lehrbereiche mehr Unterstützung als neu entstehende und solche mit kritischem Inhalt. Kurze Anstellungsperioden und hoher Leistungsdruck schließen komplexere Fragestellungen aus und führen zur Vernachlässigung innovativer aber riskanter Forschungsinhalte. Wir fordern daher überall dort längere Förderperioden wo es nötig und sinnvoll ist sowie die stärkere Förderung von Forschung jenseits des wissenschaftlichen Mainstreams.

§ 9. Wir fordern eine grundsätzliche Bestandsaufnahme sowie Diskussion über Folgen und mögliche Korrekturen des Bologna-Prozesses!

Der sog. „Bologna-Prozess“ ist der Inbegriff für viele Missstände, die zur Zeit an den österreichischen Universitäten diskutiert werden. Sogar die deutsche Kultusministerkonferenz schließt sich der Kritik von Studierenden an einer „Verschulung“ des Studiums, einer restriktiven Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Verschlechterung der nationalen und internationalen Mobilität, einer geringen Akzeptanz des Bachelors als berufsqualifizierenden Abschluss, sowie den aufwändigen Akkreditierungsverfahren an. Hinzu kommt, dass „Bologna“ den Status einer EU-Direktive hat, weshalb sie nur von nationalen AkteurInnen interpretiert und umgesetzt werden kann. In diese Diskussion müssen alle Universitätsangehörigen und die Öffentlichkeit einbezogen werden. Wir fordern eine gründliche Reflexion darüber, welche positiven Neuerungen „Bologna“ bringt und was sich durch die Umstrukturierungen verschlechtert.

§ 10. Wir fordern die Überarbeitung der neuen Studienpläne!

Die im Zuge des sog. „Bologna-Prozesses“ geplante und teilweise erfolgte Umgestaltung der Studienpläne hat viele strukturelle und inhaltliche Probleme nach sich gezogen. Insbesondere die Modularisierung führt zur „Ver-Ausbildung“ von Bildung, zur Ermüdung der wissenschaftlichen Neugier der Studierenden und einer Einengung der Freiheit der Lehre. Kritisches und mündiges Denken vollzieht sich nicht entlang schablonierter Studienpläne, sondern kann nur in der Freiheit eines selbst bestimmten Studiums gedeihen. Daher müssen in die Studienpläne mehr Freiräume für ein selbstorganisiertes Lernen und Lehren eingearbeitet werden.

§ 11. Wir fordern die Einrichtung öffentlicher Räume für eine kollektive Debatte!

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die öffentliche Diskussion, die die Studierendenproteste ausgelöst haben, fortgesetzt wird. Den vorgelegten Forderungen kann nicht durch einmalige Maßnahmen, weder durch rein finanzielle Mittel noch durch ein ad-hoc-Maßnahmenpaket, Genüge getan werden, sondern nur durch strukturelle Veränderungen und langfristig angelegte, gesamtgesellschaftliche Reflexion. Das bedeutet nicht, dass es nicht sofortigen Handelns bedürfte! In diesem Sinne unterstützen die Lehrenden und Forschenden der Wiener Universitäten ausdrücklich eine Aneignung solcher Räume und die Ausweitung der Besetzungs- und Protestbewegung! Zur Unterstützung der Bewegung fordern wir die Verantwortlichen auf, MitarbeiterInnen sowie Studierende der Universitäten für entsprechende Aktionen freizustellen!

Lehrende und Forschende an österreichischen Bildungseinrichtungen

Montag, den 16. November 2009